

Wahlprogramm DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf

Marzahn-Hellersdorf: Sozial, ökologisch, bürgernah!

Inhalt

1. An einer Stadt für alle gemeinsam arbeiten.....	2
2. Bezirks- und Ortsteilzentren aktiv gestalten.....	2
3. Bezahlbare Wohnungen in allen Stadtteilen.....	3
4. Solidarische Gesundheitspolitik praktizieren.....	3
5. Soziale Stärkung der Kieze.....	4
6. Digitaler Zugang für alle zur Stadtentwicklung.....	4
7. Gute Bildung für alle.....	4
8. Kitabetreuung ausweiten.....	5
9. Familien unterstützen.....	5
10. Schulen bauen und modernisieren.....	6
11. Schule digital.....	7
12. Ganztagschulen und Gemeinschaftsschulen stärken.....	7
13. Inklusive Schulen.....	7
14. Selbstbestimmung für Kinder und Jugendliche.....	8
15. Wirtschaft zukunftsfähig entwickeln.....	8
16. Ausbildung.....	9
17. Grünes Wohnumfeld verteidigen.....	9
18. Naturräume sichern, Klima schützen.....	9
19. Verkehrswende - ÖPNV bedarfsgerecht anbieten und ausweiten.....	10
20. Radverkehr mit Vorrang entwickeln.....	11
21. Fußwege sicherer machen.....	12
22. Nachhaltiger Straßen- und Brückenbau für einen Verkehr mit Zukunft.....	12
23. Sharing-Mobilität auch für Marzahn-Hellersdorf.....	12
24. Demokratie verteidigen.....	12
25. Bürgerhaushalt weiter entwickeln.....	13
26. Bürgerdienste ausbauen.....	13
27. Kultur ist Lebensmittel.....	13
28. Sportangebote stärken.....	14
29. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit.....	14
30. Inklusion leben.....	15
31. Selbstbestimmt im Alter.....	16
32. DIE LINKE - BÜRGERNAH UND TRANSPARENT VOR ORT.....	16

DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf tritt dafür ein, gemeinsam mit den hier wohnenden Menschen die Lebensqualität zu verbessern, lebenswichtige Bereiche wie Wohnen, Gesundheit und Bildung der Profitlogik zu entziehen und so soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu erreichen.

Wir wollen

- gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen,
- bezahlbares Wohnen in einem grünen Umfeld mit sozialer und kultureller Infrastruktur und einer gut ausgebauten Verkehrsanbindung, die auf den öffentlichen Nahverkehr als Rückgrat und den Ausbau des Fuß- und Radverkehrs setzt sowie
- verlässliche und gut zu erreichende Gesundheitsangebote.

1. An einer Stadt für alle gemeinsam arbeiten

Unser Ziel ist, eine Stadt für alle zu gestalten und daran alle zu beteiligen. Die Bedürfnisse von jungen und älteren Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung, Kulturschaffenden und Gewerbetreibenden, Alteingesessenen und Hinzugezogenen müssen mit den ökologischen und sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verbunden werden. Deshalb gilt es, mit dem Instrument von Bebauungsplänen ökologische Ziele der Stadtentwicklung festzuschreiben, öffentliche Einrichtungen wie Feuerwehren, Schulen, Kindergärten, Jugendfreizeiteinrichtungen und Stadtteilzentren zu sichern und mit städtebaulichen Verträgen private Bauherren an den Kosten für die Errichtung sozialer Infrastruktur zu beteiligen. Die mit der Aufstellung der Pläne verbundenen Beteiligungsverfahren müssen erweitert werden. Mit frühzeitiger informeller Beteiligung soll die Öffentlichkeit schon zu Beginn der Planungsprozesse breit informiert werden. DIE LINKE strebt in der Stadtentwicklung an, dass die Bereiche Mobilität, Wirtschaft, soziale Infrastruktur, Wohnen, Leben und Arbeiten miteinander verzahnt und gemeinsam entwickelt werden. Wir treten für eine neue Ankaufspolitik von Grund und Boden ein, da wir in vielen Stadtteilen zusätzliche Flächen benötigen, um auch in Zukunft Kindergärten, Schulen, Wohnungen und soziale Zentren bauen zu können. Weiterhin wollen wir Grundstücke sichern und zurückkaufen, die Teil unserer natürlichen Lebensgrundlagen und unseres Wohnumfeldes sind. Wälder und Seen gehören ebenso in die öffentliche Hand, wie Straßen und Plätze. Liegenschaften wie der Cecilienplatz, der Boulevard Kastanienallee oder die Hellersdorfer Promenade müssen wieder in den Besitz der öffentlichen Hand übergehen, damit der Bezirk aktiv Einfluss auf die Entwicklung ausüben kann. Wir setzen uns gegenüber Abgeordnetenhaus und Senat dafür ein, den Großsiedlungen und Siedlungsgebieten außerhalb des S-Bahnringes wesentlich mehr Aufmerksamkeit einzuräumen.

2. Bezirks- und Ortsteilzentren aktiv gestalten

- Havemanncenter
- Marzahner Promenade
- Helene-Weigel-Platz
- Elsterwerdaer Platz
- Cecilienplatz
- Ortsteilzentrum Mahlsdorf

sind wichtige Zentren des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens in unserem Bezirk. Alle diese Zentren sind zu modernen, attraktiven Stadtquartieren weiterzuentwickeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bei der Weiterentwicklung der Zentren funktionierende Strukturen erhalten bleiben und anstelle von einseitig dem Konsum dienenden Neubauten

bauliche Lösungen für Wohnen, Dienstleistungen und soziokulturelle Infrastruktur entwickelt werden.

Die Helle Mitte soll erneut zum Zentrum des Ortsteils Hellersdorf mit hoher Aufenthaltsqualität, als bedeutender Gesundheitsstandort, mit Rathaus und Alice-Salomon-Hochschule, werden. Die notwendigen baulichen und inhaltlichen Veränderungen für eine zukunftsfähige Helle Mitte sollen verbindlicher als bisher mit den Akteuren vor Ort vereinbart werden.

Die Versorgung mit Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs in kieznahen Zentren wird mit dem Einzelhandelskonzept und mittels Bebauungsplänen auch langfristig gesichert. Für kleine Zentren im Bezirk wollen wir einen Fonds auflegen, um das kulturelle und gesellschaftliche Leben in den Kiezen zu stärken und mit Kiezmärkten an festen Plätzen diese Orte beleben. DIE LINKE will eine wohnortnahe Versorgung mit Kindergärten und Schulen, Parks und Grünflächen, Bürgerämtern und Bibliotheken.

Deshalb fordern wir:

- einen bezirklichen Infrastrukturplan, um flächendeckend öffentliche Leistungen in bezirkseigenen Räumen anbieten zu können, damit diese Angebote nicht dem Markt und steigenden Mieten unterworfen sind,
- Kiez- und Bürgerhäuser, die eine Bibliothek, einen Veranstaltungssaal und weitere örtliche Angebote beherbergen. Sie sollen Anlaufpunkte für Beratung, Treffpunkte von Bürgerinnen und Bürgern, Bildungs- und Freizeitorte sein.

3. Bezahlbare Wohnungen in allen Stadtteilen

Wohnen ist ein Grundrecht. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein:

- dass im Bezirk bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt und neuer entsteht,
- dass da, wo es sinnvoll und möglich ist, Wohn- und Geschäftshäuser mit weiteren Etagen aufzustocken, um weniger Fläche zuzubauen,
- dass ein Rückkauf von Wohnungen durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften erfolgt,
- dass die kostenlosen Mieterberatungen ausgeweitet und zu einem festen Angebot in jedem Stadtteilzentrum werden.

Auch im Siedlungsgebiet muss in Zukunft bezahlbarer Wohnraum zum Beispiel durch Geschosswohnungsbau geschaffen werden, um dem Wohnungsmangel entgegenzuwirken. In den geplanten oder schon im Bau befindlichen Wohnungsbaugebieten an der Landsberger, Parler und Chemnitzer Straße in Kaulsdorf, der Weißenhöher Straße in Biesdorf oder der Marzahner Chaussee in Friedrichsfelde-Ost sollen auch 50% geförderte Wohnungen entstehen. DIE LINKE sieht in den Wohnungsgenossenschaften des Bezirkes wichtige Partner für einen stabilen Wohnungsmarkt und für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Form von genossenschaftlichem Eigentum. Wir werden sie daher dabei unterstützen, Flächen vom Land Berlin zur Errichtung weiterer Wohnungen zu erhalten.

4. Solidarische Gesundheitspolitik praktizieren

DIE LINKE setzt sich im Zusammenhang mit den Erfahrungen aus der Pandemie dafür ein, dass Gesundheit und Pflege nicht der Profitlogik geopfert werden. Deshalb kämpfen wir für ein sozial gerechtes und solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem.

Das heißt:

DIE LINKE steht für die weitere Ausgestaltung des Gesundheitsstandortes Marzahn-Hellersdorf, die kontinuierliche Entwicklung der Mitgliedschaft im „Gesunde-Städte-Netzwerk“, für die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten*innen, den Kliniken und Gesundheitseinrichtungen.

In diesem Sinne fordern wir:

- die Gewährleistung der psychosozialen Versorgung und von verschiedenen Beratungsangeboten,
- die weitere Ansiedlung von Haus- und Fachärztinnen sowie die Einrichtung von „digitalen Sprechstunden“,
- die personelle Stärkung der Arbeit des Gesundheitsamtes,
- die Stärkung des Zentrums für sexuelle Gesundheit und Familienplanung,
- die Weiterführung des Projektes der „Babylotsen“,
- den Erhalt und Ausbau der Mobilitätsdienste,
- die Ausgestaltung des Netzwerks „Rund um die Geburt“ und des Interessenverbundes „Gesundheit im Alter“.

5. Soziale Stärkung der Kieze

Mit dem Landesprogramm der Quartiersmanagementgebiete können sozial benachteiligte Wohngebiete mit Fördermitteln gestärkt und aktive Kiezarbeit gefördert werden. DIE LINKE

- unterstützt die bestehenden Quartiersmanagements Alte Hellersdorfer Straße, Boulevard Kastanienallee und Hellersdorfer Promenade,
- setzt sich dafür ein, dass die entstandenen Projekte und Netzwerke in Marzahn-NordWest und Mehrower Allee nach Auslaufen des Quartiersmanagements aus bezirklichen Haushaltsmitteln eine Förderung erhalten.

Um Beteiligungsmöglichkeiten an den Quartiersmanagement-Verfahren über die demokratischen Wahlen zu QM-Beiräten hinaus zu entwickeln, werden wir gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern weitere Schritte ausloten. Aus den Erfahrungen der Quartiersmanagementgebiete werden wir nach dem Prinzip eines „QM von unten“ bürgerschaftliches Engagement für andere Wohngebiete unterstützen und eine aktive Kiezarbeit mit eigenen Haushaltsmitteln anstreben.

6. Digitaler Zugang für alle zur Stadtentwicklung

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass durch einfach nutzbare digitale Zugänge eine erhöhte Transparenz und Beteiligungsmöglichkeit an der Stadtentwicklung für alle erreicht wird. Deshalb sollen Einwohnerversammlungen in den Kiezen unter Leitung des Bezirksamtes regelmäßig analog und digital durchgeführt werden. DIE LINKE hat angeregt, in den Siedlungsgebieten Ortsbeiräte zu bilden. Um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in Planungen einfließen zu lassen, unterstützen wir regelmäßige Baugespräche in den Stadtteilzentren, umfangreiche Informationen in Einwohnerversammlungen und eine verstärkte Nutzung der Onlineplattform „meinberlin.de“, auf der sowohl informiert werden kann als auch Vorschläge ermöglicht werden können. Mit der Auslegung von Bebauungsplänen in den Stadtteilzentren wollen wir erreichen, dass die Einwendungsmöglichkeiten und -fristen breiter im Bezirk bekannt gemacht werden.

7. Gute Bildung für alle

DIE LINKE versteht Kita & Schule als soziale Räume, in denen es um Bildung und Erziehung als Voraussetzung für Teilhabe in einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft geht.

Wir wollen gute Bildungschancen für alle als einen wichtigen Baustein zur Bekämpfung von Kinderarmut! Dazu gehört auch, dass Bildung kostenfrei allen zur Verfügung steht

- mit einem Kitabesuch,
- mit allen benötigten Lernmaterialien in der Schule,
- mit einem möglichen Hortbesuch für alle in der Grundschule,
- mit einem ÖPNV-Ticket und
- mit einem warmen Mittagessen für alle Schüler*innen.

Dazu gehört, dass der Fachkräftemangel in Kitas und Schulen durch Verbesserungen der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, durch bessere Bezahlung und andere Maßnahmen beseitigt werden muss!

8. Kitabetreuung ausweiten

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass

- der Kita-Ausbau beschleunigt wird und der Bezirk auch wieder kommunale Kindertagesstätten plant und baut,
- Kitas saniert, modernisiert und barrierefrei gemacht werden und
- ein weiterer Ausbau der Platzkapazitäten innerhalb bestehender Einrichtungen ermöglicht wird.

Wir wollen eine bessere Personalausstattung für die Kitas, so z.B.

- für die kleinsten Kitakinder unter drei Jahren, dass eine Erzieher*in für drei Kinder zuständig ist und
- es Freistellungen für die Kitaleitungen gibt.

Wir wollen

- eine vorbehaltlose Umsetzung des Anspruchs auf inklusive Förderung für Kinder, die eine zusätzliche Unterstützung für ihre weitere Entwicklung benötigen,
- eine Förderung besonderer Begabungen und
- eine individuelle Sprachförderung, unabhängig von der Herkunftssprache.

DIE LINKE fordert zur Erleichterung der Platzvergabe die Fortsetzung der Kooperation des Jugendamtes mit dem Kita-Eigenbetrieb NordOst und die Zusammenarbeit mit den freien Trägern.

Die Kitagutscheinstelle muss mit genügend Personal ausgestattet werden. Wir wollen mit verbindlichen, einheitlichen Kriterien, wie z.B. Wohnortnähe oder Vorrang für Geschwisterkinder, für alle Kitas, die gemeinsam mit Eltern und Trägern entwickelt werden, die Platzvergabe erleichtern. Dazu ist unter anderem der Kita-Navigator in seiner Wirksamkeit als Informationsportal dahingehend weiterzuentwickeln, dass er als verbindliches Anmeldeportal für Eltern gegenüber allen Kitaträgern genutzt werden kann. Marzahn-Hellersdorf soll hierzu eine Vorbildrolle im Land Berlin einnehmen.

Wir wollen es ermöglichen, dass die Jugendämter für die Gewährleistung des Kinderschutzes und für Härtefälle auf einen Teil der Kitaplätze direkt zugreifen können.

DIE LINKE will Kinderbetreuungsangebote den flexiblen Arbeitszeiten der Eltern anpassen.

9. Familien unterstützen

DIE LINKE setzt sich dafür ein,

- dass alle Formen des freiwilligen Zusammenlebens von Menschen, die Kinder erziehen oder Hilfsbedürftige betreuen, unterstützt werden.
- dass vom Land eine sachgerechte Ausstattung mit Personal und finanziellen Ressourcen bereitgestellt wird.

Wir wollen, dass Angebote für Familien, wie zum Beispiel

- der Familiengutschein für alle Eltern von Neugeborenen,
- eine Erziehungsberatung,
- Eltern-Kind-Gruppen oder
- das Programm „Frühe Hilfen“

gesichert und ausgeweitet werden.

Wir wollen die Beratungskapazität der öffentlich finanzierten Erziehungs- und Familienberatungsstellen und der regionalen sozialpädagogischen Dienste des Jugendamtes deutlich erhöhen. Familien haben Anspruch auf Hilfe und auf Sozialarbeiter*innen, die Zeit für sie haben.

Wir wollen eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfen zur Erziehung. Sie sollen frühzeitig zur Verfügung stehen und so wirken, dass den Kindern und Familien geholfen werden kann, ehe schwerwiegende Probleme entstehen. Dafür haben wir 2020 in allen Bezirken Flexi-Budgets eingerichtet. Ihre Entwicklung wollen wir durch ein fachliches Monitoring begleiten und finanziell weiter unterstützen. Die Finanzierung der Hilfen zur Erziehung wollen wir in gemeinsamer Verantwortung von Land und Bezirken neu ausrichten. Kein Bezirk soll auf den Mehrkosten sitzen bleiben. Wir wollen die Voraussetzungen für die Erbringung von Hilfen zur Erziehung in kommunaler Verantwortung schaffen.

10. Schulen bauen und modernisieren

Der Sanierungsstau in unseren Schulen ist riesig. Zusätzlich brauchen wir deutlich mehr Schulplätze, denn die Zahl der Schüler*innen wächst weiter und viele Schulen sind überbelegt. Deshalb müssen zügig neue Schulen, gebaut werden oder bestehende Schulen Ergänzungsbauten bekommen. Wir setzen uns für ein neues Schnellbauprogramm für Schulen in Berlin ein.

Schulen sollten sich in den Stadtraum öffnen. So sollten schon bei der Planung neuer Schulen prinzipiell auch benötigte Räume für die Musikschule, eine Stadtteilbibliothek, für Kultur, Sport, die Jugendverkehrsschule, Stadtteilzentren oder anderer Bedarf im Stadtraum mitgedacht werden.

Um Schulen im Betrieb bei Großsanierungen zu entlasten, braucht es rechtzeitig Ausweichstandorte.

DIE LINKE fordert die konsequente Einsetzung von Schulbauausschüssen sowie eine transparente Informationspolitik durch die Ämter und Bauausführenden. Alle zukünftigen Schulsanierungen und Schulneubauvorhaben müssen den pädagogischen Anforderungen der inklusiven Ganztagschule entsprechen. Dringende Vorhaben sind:

- Schulerweiterungsgebäude, wie für die Fuchsberg-Grundschule, die Grundschulen „An der Mühle“, an der Geißenweide, an der Kolibri-Grundschule und der Grundschule am Schleipfuhl
- der Neubau von Grundschulen an der Haltoner Straße, der Bruno-Baum-Straße, am Naumburger Ring, an Orten des Wohnungsneubaus wie am Buckower Ring sowie am Merler Weg / Allee der Kosmonauten,
- der Neubau der Grundschule Eisenstraße, die mit einer integrierten Sekundarstufe als aufwachsende Gemeinschaftsschule entwickelt wird,
- der Umbau der Ulmenschule zu einer barrierefreien Schule.

Ein guter Schulalltag erfordert saubere Schulen. DIE LINKE setzt sich deshalb für die Rekommunalisierung der Schulreinigung ein.

11. Schule digital

Die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit digitalen Arbeitsmitteln und ein Internetzugang für alle Schüler*innen sind Voraussetzungen zur aktiven Teilhabe an der Informations- und Wissensgesellschaft und für berufliche Chancen.

Schüler*innen und Lehrkräfte brauchen als Arbeitsmittel Computer. Diese müssen ihnen kostenfrei zur Verfügung stehen.

- Alle Schulen müssen so schnell wie möglich an das Breitband angeschlossen werden und über WLAN verfügen können. Bis dahin muss ihnen mobiles WLAN mit entsprechendem Zubehör zur Verfügung gestellt werden.
- Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und eine professionelle IT-Wartung, IT-Administration und IT-Sicherheitsbeauftragte in allen Schulen sind zwingende Voraussetzungen für digitales Arbeiten an den Schulen.

12. Ganztagschulen und Gemeinschaftsschulen stärken

Schule muss Raum für Lernen und ebenso für Freizeit, Sport und Spiel sein. Für die ersten und zweiten Klassen wurde bereits ein kosten- und bedarfsprüfungsfreier Zugang zur ergänzenden Förderung und Betreuung (Hort) ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, dass das auch für die 3. und 4. Klassen möglich wird. Eltern müssen sich darauf verlassen können, dass sich ihr Kind sicher bis 16.00 Uhr in der Schule aufhalten kann.

- Für DIE LINKE ist der weitere Ausbau außerschulischer Lernorte, wie Umweltbildungszentrum, Jugendkunst- oder Gartenarbeitsschulen unverzichtbar, um mit Umwelt und Klimaschutz, Kunst und Kultur und vielfältigen Projekten für die Schüler*innen den Unterricht und den außerunterrichtlichen Bereich zu ergänzen.
- Der Schwimmunterricht für alle Schüler*innen der 3. Klassen muss durch ausreichende Hallenzeiten gesichert werden. Kinder, die nach der 3. Klasse noch nicht schwimmen können, müssen zusätzliche Angebote, auch in den Ferien, erhalten.
- DIE LINKE tritt für eine Stärkung der Gemeinschaftsschulen ein, denn hier kann es besonders gut gelingen, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln.
- Mehr Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen müssen ihre Arbeit an den Schulen aufnehmen.
- Neue Schulen sollen vorrangig als Gemeinschaftsschulen geplant und gegründet werden – als Schulen des gemeinsamen Lernens von der Einschulung bis zum Abitur. Wir wollen erreichen, dass wie in 10 anderen Bezirken von Berlin an Gemeinschaftsschulen bis zum Abitur gelernt werden kann.

13. Inklusive Schulen

Jeder Mensch ist einzigartig und muss in seinen Besonderheiten anerkannt und gefördert werden, ob mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder mit Hochbegabungen.

Das im Schulgesetz verankerte Recht auf die inklusive Beschulung in einer Regelschule muss wohnortnah umgesetzt werden können. Dazu braucht es

- den barrierefreien Umbau in allen Schulen
- kleinere Klassen
- gut ausgebildetes und ausreichendes Personal sowie
- Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, zu denen u.a. Ergo- und Physiotherapeut*innen, Logopäd*innen, Psycholog*innen, Lerntherapeut*innen,

Krankenpfleger*innen, Handwerker*innen, Künstler*innen oder Schulassistent*innen und Schulhelfer*innen gehören können.

Laut UN-Kinderrechtskonvention hat jedes Kind das Recht auf Bildung, egal in welchem Land es geboren wurde oder wo es heute lebt. Deshalb wollen wir eine schnelle Einschulung von geflüchteten Kindern. „Willkommensklassen“ sind ein Anfang und dieser muss am Regelschulstandort stattfinden, an dem sie die deutsche Sprache erlernen können, ihr Wissensstand erforscht wird und sie auch soweit wie möglich am Regelunterricht teilnehmen können. Eine separate Beschulung in Gemeinschaftsunterkünften schließen wir aus. Lehrkräfte der Willkommensklassen arbeiten auch als Integrationsverantwortliche, Trauma- und Familien-Begleiter*innen. Wir wollen ihre Arbeit auch durch bessere Bezahlung mehr anerkennen.

14. Selbstbestimmung für Kinder und Jugendliche

Wir setzen uns dafür ein, dass

- ein neues Kinder- und Jugendparlament gegründet wird, das in der Bezirksverordnetenversammlung antrags- und redeberechtigt ist,
- unbürokratische Möglichkeiten geschaffen werden, damit Kinder und Jugendliche eigene Projekte verwirklichen können,
- die bestehenden Jugendklubs und Freizeiteinrichtungen erhalten, neue eröffnet und personell angemessen ausgestattet werden,
- auch weiterhin ein kostenfreies bezirkliches Ferienprogramm stattfindet,
- die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe enger wird.

Jugendliche müssen mehr Entscheidungsrechte für ihre Zukunft erhalten! DIE LINKE setzt sich deshalb für das Wahlalter 16 auch auf Landes- und Bundesebene ein!

Auch Schüler*innen werden durch die Bereitstellung eines festen Budgets die Möglichkeit erhalten, mit ihren Ideen ihr schulisches Umfeld zu verändern.

15. Wirtschaft zukunftsfähig entwickeln

Wirtschaft, Handel und Handwerk gehören zu unserem Bezirk. Sie schaffen Arbeitsplätze und beleben die Zentren der Stadtteile. Linke Wirtschaftspolitik soll ein selbstbestimmtes Leben und hohe Lebensqualität für alle Menschen im Rahmen der ökologischen Grenzen ermöglichen. Hierfür ist gut bezahlte, sozialversicherungspflichtige Arbeit in den unterschiedlichsten Branchen ebenso unabdingbar wie ein volkswirtschaftliches Gleichgewicht und die Entfaltung wirtschaftlicher Kreativität. Linke Wirtschaftspolitik und -förderung muss auf ökonomische, ökologische, und soziale Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Um den Auswirkungen durch die Corona-Pandemie begegnen zu können, setzen wir uns für einen Gewerbemietenschnitt in landeseigenen Räumen ein. Für einen befristeten Zeitraum soll kein Betrieb aufgeben müssen, weil die Miete nicht oder nur zum Teil bezahlt werden kann. Anfallende Sondernutzungsgebühren sollen Betrieben durch den Bezirk für einen befristeten Zeitraum erlassen werden.

Kleine und mittlere Unternehmen brauchen bezahlbare Gewerberäume. Auf Bundesebene kämpfen wir deshalb für einen Gewerbemietendeckel. DIE LINKE setzt sich vor Ort für die Sicherung von möglichst zusammenhängenden Gewerbestandorten durch Bebauungspläne und die Schaffung landeseigener Gewerbehöfe ein. Durch den Ankauf bisher privater Gewerbeimmobilien und die Überführung dieser in eine landeseigene Gesellschaft sollen bezahlbare Gewerbemieten gewährleistet werden.

DIE LINKE fordert:

- Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur,
- Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien sowie der Stärkung der Region im Rahmen bei Vorgaben für Vergabe von Leistungen,
- Regionale Vermarktung von Lebensmitteln und anderen Artikeln aus der Region; auch für die Märkte im Bezirk, eingesetzte Materialien müssen wiederverwendbar bzw. recyclingfähig sein,
- Initiativen für Werkstätten und Reparaturstützpunkte zur Wiederverwendung bzw. Aufarbeitung statt der Wegwerfgesellschaft,
- Schaffung von Coworking-Spaces, um unnötige Fahrwege zu vermeiden,
- Initiativen für das Erstellen von Gemeinwohlbilanzen als Nachweis für verantwortungsvolles Wirtschaften, z.B. durch Wohnungsbaugesellschaften,
- Sicherung einer guten Verkehrsanbindung, einschließlich ÖPNV, an die Gewerbegebiete.

16. Ausbildung

Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin, jede und jeder Jugendliche soll eine berufliche Perspektive haben. Solide Ausbildung und eine existenzsichernde Beschäftigung sind Forderungen der LINKEN, die auch auf Bezirksebene von der Linksfraktion in der BVV verfolgt werden. Für uns ist nach wie vor die Vermeidung und Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit eine wesentliche Aufgabe. DIE LINKE unterstützt den Ausbau des Beratungsangebotes der Jugendberufsagentur. Darüber hinaus unterstützen wir:

- Verbundausbildung sowie die Beibehaltung und Sicherung der bislang entstandenen Ausbildungsverbünde,
- Kooperation von Wirtschaft und Forschung zur Aufwertung der Lehre/Ausbildung,
- Arbeit von Arbeitsagentur und JobCenter bei der Bewältigung der gestiegenen Arbeitslosigkeit,

Das Bezirksamt muss verstärkt als Ausbildungsstätte Vorbildwirkung entfalten. Die Ausbildung im Öffentlichen Dienst soll eine Einstellungschance der Auszubildenden in der Verwaltung und somit zur Nachwuchsgewinnung einschließen.

17. Grünes Wohnumfeld verteidigen

Frei- und Grünflächen zwischen städtischer Bebauung sind prägend für unseren Bezirk, auch vom grünen Wohnumfeld hängt ab, ob Menschen hier gern wohnen. Angesichts der Nachverdichtung setzt DIE LINKE ihren Kampf für den Erhalt von Frei- und Grünflächen fort. Unser Ziel ist, die Nachverdichtung in den Innenhöfen der Großsiedlung mit neuen Wohnbauten auch weiterhin zu verhindern. Die Umwandlung von ausgewiesenen Grünflächen zu Bauland darf nur aufgrund eines dringenden Bedarfs zur Sicherung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, z.B. für eine Schule, erfolgen. DIE LINKE setzt sich für die Sanierung des Springpfuhl-Parks einschließlich erweiterter Spielplatzangebote sowie der Sanierung der Kulturdenkmäler, für Sauberkeit im Bürgerpark und die Gestaltung des Raumes zwischen den ehemaligen Ringkolonnaden zum Stadtplatz wie auch für die weitere Ausgestaltung der Park-Trilogie in Hellersdorf und des Elsterwerdaer Platzes ein.

DIE LINKE wird die Sicherung von Kleingartenanlagen durch Bebauungspläne weiterhin unterstützen.

18. Naturräume sichern, Klima schützen

Der Erhalt zusammenhängender Freiräume ist für die Erholung, als Frischluftschneise und für den Biotopverbund unerlässlich.

- Das Wuhletal muss endlich als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden. Die ökologische Aufwertung der Niederung im Sinne der Flora-Fauna-Habitat-, der Vogelschutz- und der Wasser-Rahmenrichtlinie ist fortzuführen.
- Weitere Baumbepflanzungen im Randbereich der Schmetterlingswiesen in Biesdorf sind unter Beachtung ihrer Funktion als Frischluftschneise zu prüfen.
- Ein behutsamer Umgang mit Restflächen in Wohngebieten bzw. -anlagen sowie mit dem Straßenbegleitgrün; Erhalt bzw. Schaffung von Blühstreifen sollten weiterhin erfolgen.
- Grünflächen sollten, mit Ausnahme eng begrenzter naturschutzrelevanter Flächen, für alle Bürger*innen zugänglich sein; gerade für Kinder muss es „Naturerlebnisräume“ geben.
- Parkmanagement und der Einsatz von Stadt-Natur-Ranger müssen finanziert werden.
- Die Charta für das „Berliner Stadtgrün“ ist umzusetzen, eine naturfreundliche fachgerechte Grünflächenpflege ist zu finanzieren.
- Der Baumschutz muss hohe Priorität genießen. Ein Pflege- und Pflanzkonzept für Baumarten, die unter den Bedingungen des Klimawandels standortgerecht sind, ist zu erarbeiten.
- Die Sicherung und Pflege von Kleingewässern für Amphibien und Insekten, die Erhaltung und Neupflanzung von Gehölzen für Singvögel sind Vorrangaufgaben. Bei Baumaßnahmen ist ein Schutz von Niststätten abzusichern.
- Alle Potentiale zur dezentralen Regenwasserbewirtschaftung sind zu erschließen und schrittweise umzusetzen. Schwerpunkte für einen bezirklichen Managementplan sind die Hönower Weiherkette und Gewässer im Fließsystem der Wuhle.

DIE LINKE unterstützt:

- Initiativen von Menschen, die sich für eine umweltverträgliche und soziale Ernährung bzw. Konsum von Gütern einsetzen, z.B. für den Einsatz von regionalen bzw. ökologischen Produkten für Kita- und Schulessen, für die Rettung von Lebensmitteln, für regionale Lieferketten wie „Marktschwärmer“ sowie für die Förderung von Permakultur.
- Projekte wie „Essbare Stadt“, ebenso alle Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns bzw. der gemeinschaftlichen Nutzung von Flächen.

Die öffentliche Hand hat eine Vorbildwirkung – mittels eines Energiekonzeptes sind alle Bauten möglichst auf Niedrigstenergiestandard zu sanieren. Neubauten müssen generell mit Solarenergie sowie Fassaden- und/oder Dachbegrünung ausgestattet sein oder die statischen Voraussetzungen darauf abgestellt werden.

19. Verkehrswende - ÖPNV bedarfsgerecht anbieten und ausweiten

In Zeiten von Pandemie zeigt sich, wie wichtig ausreichende Platzangebote im ÖPNV auch in Spitzenzeiten sind. Deshalb setzen wir uns ein:

- für Taktverdichtungen, insbesondere der S-Bahnlinie 5, der U-Bahnlinie 5, der Tramlinien M 6, 18, 62, 63, der Buslinien 195, 197, X54 und X69 sowie der Regionalbahnlinien RB 25 und RB 26,

- für die Verlängerungen der Tramlinie 63 Richtung Mahlsdorf, der Buslinie 194 bis zum S-Bahnhof Marzahn und für eine verbesserte Linienführung der Bus-Linie 399 mit Anschluss an die Straßenbahn,
- für die Einführung eines flexiblen Rufbusses für das Siedlungsgebiet,
- für die Umsetzung einer „Verkehrslösung Ortskern Mahlsdorf“, damit die Straßenbahn einen stabilen 10-Minuten-Takt fahren kann,
- für den Straßenbau im Bahnhofsbereich Mahlsdorf und entlang dem neuen Hultschiner Damm / Straße an der Schule in der Weise, dass bis 2022 sichere Rad- und Fußwege geschaffen werden.

DIE LINKE fordert weiterhin:

- einen zeitnahen Lückenschluss zwischen dem S-Bahnhof Springpfuhl und den bestehenden Linien nach Schönefeld,
- für die vollständige Barrierefreiheit auf den S-Bahnhöfen Ahrensfelde, Mehrower Allee, Poelchaustraße und Raoul-Wallenberg-Straße sowie den barrierefreien Neubau der südlichen Fußgängerbrücke am S-Bahnhof Marzahn,
- für die Verbesserung der Situation für die Pendler*innen auf den Bahnhöfen Ahrensfelde und Hönow, durch eine Anpassung des Taktangebots der dort verkehrenden Buslinien bis 2023 und die Verlängerung der Expressbuslinie zwischen Altlandsberg und U-Bahnhof Hönow bis zum S-Bahnhof Mahlsdorf.

Die Attraktivität und der Zugang zur U5 müssen durch vollständige Barrierefreiheit verbessert werden. Dazu fehlt insbesondere ein Blindenleitsystem und die Rampen sind für viele Menschen mit Behinderung wegen der 10-Prozent-Neigung ungeeignet. Um die barrierefreie Mobilität entlang der Linie zu ermöglichen, soll eine alternative barrierefreie Beförderung mit einem Rufbus auf der Linie erprobt werden. Der Abschnitt der U5 von Friedrichsfelde bis Hönow muss dringend saniert werden, damit diese schneller verkehren kann. Wir schlagen vor, dass die BVG Hellersdorf und Kaulsdorf-Nord als Schwerpunktbahnhöfe in ihre Sicherheitskonzepte aufnimmt. DIE LINKE befürwortet im Umfeld beider Bahnhöfe und am Bahnhof Cottbusser Platz bezirkliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sauberkeit und Aufenthaltsqualität.

20. Radverkehr mit Vorrang entwickeln

Beim Radverkehr hat der Bezirk Aufholbedarf gegenüber der City. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass:

- im Bezirk eine intelligente Netzplanung im Rahmen des Berliner Radverkehrsplans mit Priorität angegangen wird,
- an geeigneten Straßen bzw. Straßenabschnitten Fahrradstraßen eingerichtet werden, um für mehr Verkehrssicherheit zu sorgen,
- die geplante Radschnellverbindung 9 nahe der Landsberger Allee prioritär realisiert wird, für eine direkte Verbindung zur Stadtgrenze ohne Umwege durch das Siedlungsgebiet.

DIE LINKE unterstützt den Vorschlag einer Radbahn entlang der U5, vorrangig ist die Schotterpiste am Biesdorfer Friedhof zu sanieren

- die Märkische Allee als eine der ersten Magistralen fahrradfreundlich umgestaltet wird, indem aus Parkspuren für LKW sichere, vom Autoverkehr getrennte, Radwege werden,
- Fahrradabstellanlagen weiterhin bedarfsgerecht ausgebaut werden, an Haltestellen und Bahnhöfen sowie in der Nähe sozialer Einrichtungen,

- an Bahnhöfen mit dem höchsten Bedarf neue gesicherte Fahrradstellplätze geschaffen werden, vorrangig zunächst am Bahnhof Wuhletal,
- auf dem Elsterwerdaer Platz und am S-Bahnhof Mahlsdorf moderne Fahrradparkhäuser entstehen.

21. Fußwege sicherer machen

Gehwege in den Siedlungsgebieten fehlen bis auf einige Ausnahmen komplett. Die Gehwege in den Neubaugebieten sind inzwischen 30 bis 40 Jahre alt und in Größenordnungen reparaturbedürftig.

DIE LINKE fordert deshalb

- eine Kartierung des Ausbauszustandes der Geh- und Radwege im Bezirk bis Ende 2022.
- die Einrichtung von besonderen Sanierungsgebieten zur Förderung der Barrierefreiheit. Wir setzen uns dafür ein, dass Marzahn-Süd als ältestes Neubaugebiet als Pilotprojekt für die Sanierung von Gehwegen und Herstellung von Barrierefreiheit eingerichtet wird.
- die prioritäre Einrichtung von Gehwegen im Siedlungsgebiet zu den Haltestellen des ÖPNV.
- besondere Projekte zur Förderung des Fußverkehrs gemäß Berliner Mobilitätsgesetz.

22. Nachhaltiger Straßen- und Brückenbau für einen Verkehr mit Zukunft

- Die LINKE unterstützt die Forderung der Bürgerinitiativen von Marzahn Nord-West und Ahrensfelde nach einem sofortigen Abbruch des derzeitigen Planfeststellungsverfahrens zur Ortsumfahrung Ahrensfelde und einen Neustart des Raumordnungsverfahrens mit einem erweiterten Untersuchungsraum unter Einbeziehung des Ortsteils Falkenberg. Ein Planungsbeirat unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner von Marzahn und Ahrensfelde muss in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.
- DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass nicht nur die Straßen-TVO, sondern auch die Schienen-TVO (Nahverkehrstangente) endlich realisiert werden und die TVO den begleitenden Radschnellweg erhält. Das Planfeststellungsverfahren für die TVO auf der Straße muss 2022 endlich realisiert werden.
- Wir unterstützen das Vorhaben, das Nadelöhr an der Landsberger Chaussee zwischen Hönow und Kaufpark Eiche durch Erweiterung der Straße auf zwei Spuren je Richtung ab 2022 zu beseitigen. Dabei sind die Eingriffe in die Hönower Weiherkette zu minimieren.
- Die südliche Blumberger-Damm-Brücke als Zubringer zum Unfallkrankenhaus muss zügiger als geplant ersetzt werden.

23. Sharing-Mobilität auch für Marzahn-Hellersdorf

DIE LINKE im Bezirk und im Land treten dafür ein, das Straßengesetz zu ändern, damit alle Formen der Sharing-Mobilität – Carsharing, Bikesharing, E-Roller, E-Scooter usw. – auch in den Außenbezirken ermöglicht werden. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt der Seilbahn am Kienberg als Nahverkehrsmittel und neues Wahrzeichen für den Bezirk ein.

24. Demokratie verteidigen

DIE LINKE steht für die Entwicklung und Stärkung unseres Bezirkes als Bürger*innenkommune. Wir stehen für die frühe und rechtzeitige Bürgerbeteiligung bei allen Entscheidungen. Dazu gehört die regelmäßige Information der Bürger*innen durch mindestens einmal jährlich stattfindende Bürgerversammlungen des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung in den Stadtteilen.

DIE LINKE steht

- für eine offene, vielfältige, tolerante, demokratische Gesellschaft. Demokratie verteidigen heißt, soziale Gerechtigkeit zu stärken und zugleich rechtspopulistischer Hetze und Spaltung der Gesellschaft durch gemeinsames Handeln aller Demokrat*innen zu begegnen.
- als gleichberechtigte Partnerin mit den anderen demokratischen Kräften für einen bunten vielfältigen Bezirk, für erweiterte Möglichkeiten beim Einmischen, Mitmachen, Gestalten des eignen Bezirkes, des Kiezes. Das geschieht in Vereinen oder Bürgerschaftsinitiativen, im Bündnis für Demokratie und Toleranz, in vielfältigen Strukturen und bei Veranstaltungen wie „Schöner leben ohne Nazis“. Wir unterstützen die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung und fordern deren Stärkung. DIE LINKE ist solidarisch mit Menschen, die zu uns geflüchtet sind oder als Menschen mit Migrationshintergrund mit uns zusammenleben.

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass für Wahlen und Volksentscheide die Wahlbezirke verkleinert werden, um die Wege zu verkürzen. DIE LINKE fordert darüber hinaus, die Barrierefreiheit für alle Wahllokale herzustellen.

25. Bürgerhaushalt weiter entwickeln

DIE LINKE steht für die Weiterführung und umfassende Weiterentwicklung des Bürgerhaushaltes. Dazu zählt, dass Vorschläge künftig ganzjährig und digital eingereicht werden können und die Abstimmungsphase verlängert wird. Das umfasst die regelmäßige Berichterstattung über den Stand der Realisierung beschlossener Vorschläge von Bürger*innen. Onlineangebot und Onlineabstimmung sind weiter zu entwickeln. Der Onlinezugang ist barrierearm und in leichter Sprache bereitzustellen.

Mit dem Bürgerhaushalt will DIE LINKE den Ansatz, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitbestimmung zu geben, weiter ausbauen.

DIE LINKE setzt sich für die Fortführung des Bürgerbudgets in der Höhe von mindestens 200.000 € je Haushaltsjahr zur Umsetzung von Vorschlägen von Bürger*innen ein.

26. Bürgerdienste ausbauen

DIE LINKE setzt sich für die Einrichtung eines weiteren Bürgeramtes, eines mobilen Bürgeramtes und den Ausbau der Onlineangebote ein, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten in guter Erreichbarkeit, angemessenen Fristen und guter Qualität regeln können. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Online-Dienstleistungen in der Verwaltung ausgebaut werden.

27. Kultur ist Lebensmittel

Kultur ist Lebensmittel und für viele Menschen unverzichtbar, deshalb macht sich DIE LINKE stark für das Überleben der Kultur in Krisenzeiten. Im Besonderen geht es darum, dass:

- das Schloss Biesdorf als kommunaler Ort für Kunst und Begegnung durch bessere personelle Ausstattung gesichert wird.
- die Finanzierung für die Sanierung des Theaters am Park in Verantwortung des Bereichs Wirtschafts- und Tourismusförderung sichergestellt wird. Dies schließt die Erstellung des Betriebskonzeptes unter Einbeziehung der vor Ort aktiven Vereine und Anbieter, inklusive eines langfristigen Finanzierungskonzeptes, ein.
- das Freizeitforum Marzahn als zentraler Ort für Kultur- und Freizeitangebote erhalten bleibt und die Übernahme in kommunale Trägerschaft angestrebt wird.
- das Kulturforum Hellersdorf in Eigenregie des Bezirkes als Jugendkunstschule betrieben wird und es freien Trägern ermöglicht, Veranstaltungen durchzuführen.
- alle Bibliotheksstandorte erhalten bleiben, die Kooperation mit Schulbibliotheken fortgeführt wird und die Einrichtung einer Bibliothek am Elsterwerdaer Platz geprüft wird,
- in Abstimmung mit freien Trägern ein stufenweises Überleiten von einer Finanzierung aus Programmen der Arbeitsmarktförderung hin zur Einrichtung fester Personalstellen stattfindet (Regelfinanzierung).
- der Senatsbeschluss zur Erhöhung des Anteils hauptamtlich angestellter Musiklehrer*innen und der Ausbau des Angebotes der Musikschule umgesetzt wird.
- alle offenen Stellen der Volkshochschule besetzt werden.
- beide Häuser des Bezirksmuseums erhalten und die Öffnungszeiten auch an Sonntagen gesichert werden.

28. Sportangebote stärken

DIE LINKE setzt sich ein:

- für eine Förderung des Freizeit- und Leistungssports in den ca. 80 Sportvereinen und Betriebssportgemeinschaften mit rund 16.000 Mitgliedern,
- dass Sportvereine auch in Krisenzeiten finanziell unterstützt werden,
- für die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen im Rahmen des Ganztagsangebotes der Schulen,
- für einen bedarfsgerechten Bau und Ausbau aller Sportanlagen im Bezirk. Dazu sind die entsprechenden Voraussetzungen über das Schul- und Sportstätten-Sanierungsprogramm und über den Bezirkshaushalt zu schaffen.
- für ein Kombibad (Freibad kombiniert mit einer Schwimmhalle) am Jelena-Santic-Friedenspark. Nach der Entscheidung für einen möglichen Standort sind alle Anstrengungen auf die Planung und Finanzierung dieses Projektes durch das Land Berlin zu richten. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob das Baden in den Kaulsdorfer Seen und im Biesdorfer Baggersee in Absprache mit den Wasserbetrieben legal abgesichert werden kann. Nutzungskonflikte sollen durch den verstärkten Einsatz von Parkmanagern reduziert werden. Die Hallenbäder des Bezirkes müssen für Schulschwimmen, Vereinssport und Freizeitschwimmen bedarfsgerechte Öffnungszeiten bereitstellen.

29. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit

DIE LINKE kämpft für eine solidarische Gesellschaft, in der jedem Menschen unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Herkunft, seinem Lebensalter, seiner seelischen und körperlichen Verfasstheit, seiner Weltanschauung, seiner Religion oder seiner sexuellen Orientierung, das Recht auf soziale Sicherheit, der Schutz vor sozialem Elend, das Recht auf Wohnen und

Chancengleichheit gewährt wird. Das erfordert eine Stärkung und Vernetzung der sozialen Infrastruktur sowie der Nachbarschafts- und Stadtteilarbeit.

DIE LINKE fordert deshalb:

- die Sicherung der Arbeit der sozialen Beratungsangebote, z.B. der Clearingstelle im Jobcenter Marzahn-Hellersdorf,
- Absicherung der Insolvenzberatungsstellen des Julateg Finsolv Marzahn-Hellersdorf e.V. und die finanzielle Förderung der Wohnungslosenhilfe,
- die langfristige Finanzierung der sozialen Stadtteilzentren durch das Land Berlin und den Bezirk,
- die Sicherung der Arbeit der bezirklichen Freiwilligenagentur.

DIE LINKE wird die rot-rot-grüne Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ in Marzahn-Hellersdorf mit konkreten Maßnahmen umsetzen.

Wir fordern vor allem:

- Frauen- und Mädchenprojekte finanziell abzusichern,
- weitere Plätze in Zufluchtswohnungen zu schaffen und die Errichtung eines Frauenhauses im Bezirk anzustreben,
- eine Interventions- und Fachberatungsstelle für Opfer von häuslicher Gewalt im Bezirk einzurichten,
- Angebote und Projekte für minderjährige Eltern und Alleinerziehende sowie Projekte zur Väterarbeit zu stärken,
- gezielte Projekte zur Förderung des Frauen- und Mädchensports zu unterstützen,
- eine*n bezirkliche*n Queerbeauftragte*n einzusetzen,
- den bezirklichen Plan gegen Homo-, Bi-, Trans-, Inter- und Queerfeindlichkeit (LSBTIQ*- Feindlichkeit) fertigzustellen und umzusetzen
- ein bezirkliches Regenbogenzentrum einzurichten.

Wir unterstützen Anti-Diskriminierungskampagnen, auch in Zusammenarbeit mit Jugend- und Sportvereinen sowie Schulen, in Verbindung mit dem Kampf gegen Rechtsextremismus, um einer zunehmenden Gewalt gegen Minderheiten entgegenzuwirken.

In dem Zusammenhang fordern wir insbesondere:

- die weitere Finanzierung des Migrationssozialdienstes und des Jugendmigrationssozialdienstes,
- die Weiterführung des Projektes der Integrationslotsen,
- den Ausbau der psychosozialen Versorgung für traumatisierte Asylsuchende und einen besseren Zugang für Geflüchtete zum Gesundheitssystem,
- Kitaplätze und Wohnraum für Geflüchtete und Migrant*innen,
- den Ausbau von Sprachkursangeboten,
- die Sicherung von Erwerbstätigkeit auch von Migrant*innen und Geflüchteten.

30. Inklusion leben

DIE LINKE tritt für die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention und die Anpassung des Bundesteilhabegesetzes ein, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen und in allen Lebensabschnitten unabhängig von Herkunft und Behinderungsgrad zu ermöglichen und ihre Selbstbestimmung zu stärken. Alle Menschen sind gleichwertig. Wir sprechen uns gegen jegliche Stigmatisierung aus.

Wir fordern:

- barrierefreie und behindertengerechte Zugänge zu allen öffentlichen Gebäuden, zum ÖPNV, Wegeleitsysteme und Kennzeichnungen für Menschen mit Sehbehinderungen,
- die Schaffung eines öffentlichen „Katasters der Barrierefreiheit“ aller Gaststätten, Einkaufs- und anderen Dienstleistungseinrichtungen,
- mehr Sozialarbeiter*innen, Rehapädagog*innen und Lerntherapeut*innen an Schulen.

31. Selbstbestimmt im Alter

DIE LINKE unterstützt den Kampf um Rentengerechtigkeit und fordert eine Grundsicherung im Alter, von der die Senior*innen leben können.

DIE LINKE tritt für eine seniorenrechtliche Infrastruktur und Dienstleistungsangebote, für die flächendeckende Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Personennahverkehr ein. Wir unterstützen weiterhin die Arbeit der Seniorenvertretung und ihre Mitwirkung in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung.

Wir fordern insbesondere:

- die Förderung und den Ausbau von verschiedenen Angeboten des Seniorenwohnens und die Schaffung einer Webseite über diese Angebote,
- einen Masterplan zur Sanierung von Straßenbelägen, Gehwegplatten und die Absenkung von Bordsteinkanten,
- die Schaffung eines „Seniorenshuttle“, das Seniorinnen und Senioren zum Einkaufen, zum Arzt oder zu Kulturveranstaltungen befördert.

32. DIE LINKE – BÜRGERNAH UND TRANSPARENT VOR ORT

DIE LINKE wird auch weiterhin die Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte und Möglichkeiten informieren. Sie wird Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit unterstützen und organisieren sowie für ein soziales und solidarisches Miteinander eintreten.

Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN, die sich in politischer Verantwortung im Abgeordnetenhaus, im Bezirksamt oder der BVV befinden, werden für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen zur Verfügung stehen und auch weiter regelmäßig Bürgersprechstunden durchführen. Sie werden weiterhin interessierten Bürgerinnen und Bürgern Stadtteilwanderungen und Kiezspaziergänge anbieten und durch Anhörung von Vereinen, Gewerkschaften, Verbänden und Unternehmen die Tätigkeit der Fraktionen im Abgeordnetenhaus und der BVV sowie des Bezirksverbandes qualifizieren. Die Linksfraktion in der BVV wird wie bisher in öffentlicher Sitzung tagen und Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit geben, um über sie bewegende Themen zu reden. Durch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit über das Internet, die lokalen Medien und die Zeitung „Linksfraktion Aktuell“ wird umfassend über die kommunalpolitische Arbeit informiert. Mit einem eigenen Online-Portal will die Linksfraktion Bürgerinnen und Bürgern erleichtern, Vorschläge für Anträge oder Anfragen einzustellen, die von den Bezirksverordneten in die BVV oder ihre Ausschüsse eingebracht werden.

Ihre Mitarbeit, Ihre Vorschläge zu diesem Wahlprogramm und zur aktuellen bezirklichen Politik sind gefragt, liebe Marzahn-Hellersdorferinnen und Marzahn-Hellersdorfer!